

Zu diesem Heft – Anerkennung und Identität in Zeiten des Rechtspopulismus II

Im letzten Jahr hat Jürgen Habermas seinen 90. Geburtstag gefeiert, den auch der *Leviathan* entsprechend gewürdigt hat.¹ Wir freuen uns, dass nun das Interview erscheint, das wir zu diesem Anlass mit dem Philosophen über sein Werk und die gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart geführt haben.

Das Habermas'sche Denken ist von der Idee geprägt, dass es einer funktionierenden politischen Öffentlichkeit mit einer lebendigen Debatten- und Streitkultur bedarf, damit sich im Lichte konkurrierender Meinungen und Gründe die demokratische Willensbildung vollziehen kann. Einen wesentlichen Bestandteil des öffentlichen Diskurses stellt das Prinzip der Meinungsfreiheit dar, das gegenwärtig zu einem zentralen Gegenstand gesellschaftlicher Konflikte geworden ist und dabei auch immer wieder für antidemokratische Zwecke missbraucht wird. Seit dem Erstarken des Rechtspopulismus wird in der Öffentlichkeit mit neuer Vehemenz über die Grenzen des Sagbaren gestritten. Um diese zu ihren Gunsten zu verschieben, haben die Rechten die Formel der »Politischen Korrektheit« als einen ihrer zentralen Kampfbegriffe etabliert. Sie geißeln »Sprechverbote« und »linksgrünen Meinungsterror«, um sich gleichsam als Freiheitskämpfer*innen und Vertreter*innen der »wahren« Demokratie zu inszenieren und damit ihre politische Macht zu konsolidieren. Dass sie dabei einen Artikel des Grundgesetzes, die Meinungsfreiheit, instrumentalisieren, um einen anderen, die Würde des Menschen, zu verletzen, interessiert die »ordentlichen Demokraten« (Alice Weidel) nicht. Dass sie auf die Meinungsfreiheit immer nur dann verweisen, wenn es um die eigene Meinung geht, umso weniger.

Bemerkenswert ist, dass die Kritik an »Political Correctness«, die mittlerweile weit über das rechte Spektrum hinaus auch von Teilen der gesellschaftlichen Mitte artikuliert wird, ganz ohne Argumente funktioniert. Der Verweis auf »Politische Korrektheit« ist ausreichend, um zu signalisieren, dass eine Auseinandersetzung mit den Einwänden der »Gutmenschen« und »Moralisten« nicht notwendig ist und deren Gründe bedenkenlos ignoriert werden können, allein weil sie »politisch korrekt« sind. »Politisch korrekt«, schreibt Carolin Emcke, »ist das Morsezeichen der Denkfaulen, mit dem sich reflexhaft alles abwehren lässt, was eingeübte Überzeugungen oder Habitus infrage stellen könnte.«² Man könnte auch sagen, es ist die Chiffre der Privilegierten, auf die sie sich berufen, um ihre Privilegien nicht mit anderen teilen beziehungsweise gar darauf verzichten zu müssen. So sieht das jedenfalls unser Autor *Karsten Schubert*, der mit seiner von Nietzsche und Foucault inspirierten Perspektive noch einen Schritt weiter geht als die klassisch-liberale Verteidigung von »Political Correctness«. Diese verfolge zwar richtigerweise

1 Siehe die Beiträge von Martin Saar und Hauke Brunkhorst in *Leviathan* 3/2019.

2 Siehe www.sueddeutsche.de/kultur/politisch-korrekt-kritik-emcke-meinung-1.4654027 (Zugriff vom 23.01.2020).

das Ziel der universalen Gleichberechtigung und Antidiskriminierung, blende dabei aber die gesellschaftlichen Machtverhältnisse aus und stelle emanzipatorische Kämpfe mithin harmloser dar, als sie eigentlich seien.

Die Kritik an »Politischer Korrektheit« und »Identitätspolitik« prägt derzeit auch die Debatten innerhalb der akademischen Linken. Im Zentrum dieser Kritik steht die »moralische Hybris« linksliberaler »Kosmopoliten«, die mit ihrer Überlegenheitsgesten die reflexhafte Abwehr, von der Emcke spricht, erst hervorbrächten und entgegen ihres Anspruchs, offen und inklusiv zu sein, neue Ausschlüsse produzierten. Entsprechend werden sie für sämtliche problematischen Transformationen der Gegenwartsgesellschaften gleichermaßen mitverantwortlich gemacht: für das Erstarken des Rechtspopulismus ebenso wie für den Niedergang der Sozialdemokratie und die Hegemonie des Neoliberalismus. Die Orientierung an identitätspolitischen Anliegen und »Gender-Denken« (Žižek) wird von einigen Autor*innen zu einer exklusiven Angelegenheit »kulturlinker« Eliten stilisiert, die die Klassenpolitik als eigentliches Thema der Linken zugunsten einer Allianz mit dem »progressiven Neoliberalismus« aufgegeben hätten. Identitätspolitik und »Political Correctness«, so Žižek in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, seien die letzte Verteidigung der Bourgeoisie gegen einen radikaleren Systemwechsel. Er »hasse diesen Moralismus, weil er echten Wandel« verhindere.³ In den USA hat sich eine Gruppe formiert, die sich ironisch »dirtbag left« nennt und diese Sichtweise auf beißend-vulgäre Art zum Ausdruck bringt. Sie beanspruchen für sich, die »wahren« Themen der Linken zu vertreten, und wehren sich gegen »politische Korrektheit«, Feminismus und Antirassismus, die für sie nur vom Wesentlichen ablenken.

Dass solche Angriffe Widerspruch provozieren, ist nicht verwunderlich. Autor*innen, die solche Positionen für verkürzt oder zweifelhaft halten, reagieren darauf, indem sie die von der Gegenseite in den Diskurs eingebrachten und als problematisch empfundenen Kategorien beziehungsweise Verknüpfungen von Kategorien wie »kosmopolitische Eliten«, »progressiver Neoliberalismus« oder »weißer Arbeiter« infrage stellen und dekonstruieren. Im letzten *Leviathan* etwa haben Silke van Dyk und Stefanie Graefe der Kritik, »Identitätspolitik« sei neoliberal, ein differenziertes Bild von Kämpfen um Anerkennung und Gleichberechtigung gegenübergestellt und dabei die engen Bezüge zu klassenpolitischen Anliegen hervorgehoben. Dabei sind sie mit ihren Kolleg*innen aus der gegnerischen Fraktion hart ins Gericht gegangen, denen sie vorwerfen, mit ihrer Verunglimpfung der »Identitätspolitik« das Narrativ der Rechten zu stützen und damit – wenn auch unbeabsichtigt – dem autoritären *Backlash* Vorschub zu leisten.

Dieser Vorwurf hat Dirk Jörke und Oliver Nachtwey, an die er mitunter adressiert war, zu einer Richtigstellung ihrer Position bewogen, die wir in diesem Heft abdrucken. Es gehe ihnen mitnichten um eine Kritik an der »Identitätspolitik«, und noch viel weniger würden sie sozialdemokratischen Parteien raten, sich in ihrer Programmatik stärker an autoritären Positionen zu orientieren, wie es ihnen

3 Siehe <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/leben-und-gesellschaft/philosophie-slavoj-zizek-87606?reduced=true> (Zugriff vom 23.01.2020).

van Dyk und Graefe unterstellten. Im Gegenteil: Ihr Anliegen sei es, für eine Veränderung der sozioökonomischen Verhältnisse einzutreten, die autoritäre Einstellungen hervorbringen, mit dem Ziel, diese einzuhegen und zurückzudrängen.

Die Idee, dass die Sozialdemokratie mit einem traditionalistischen Kurs vielleicht doch einige ihrer Probleme angehen könnte, hält *Carsten Nickel* demgegenüber für bedenkenswert. Er kritisiert, dass die moderne Politikwissenschaft mit ihrem methodologisch-positivistisch beschränkten Blick langfristige Wähler*innenwanderungen aus den Augen verliere und der Sozialdemokratie daher fälschlicherweise die Hinwendung zum grün-liberalen, kosmopolitisch geprägten Wähler*innenpol empfehle. Nickel selbst argumentiert stattdessen aus einer koalitionspolitischen Perspektive. Ein traditionalistischer Kurs der Sozialdemokratie nach dem Vorbild Dänemarks würde ein Bündnis linker Parteien stärken, weil er es auch für kommunitaristisch gesinnte, nichtakademische Milieus offenhalten würde – aus Sicht des Autors besser, als nichtliberale Wähler*innen an rechte Parteien zu verlieren oder in die Entpolitisierung zu treiben.

Dieser Sichtweise widerspricht *Floris Biskamp* in seiner Replik auf Nickel vehement, indem er den oftmals unterstellten Schulterschluss der SPD mit dem »progressiven Neoliberalismus« anzweifelt. Er argumentiert, dass die Probleme der Partei zwar auf die neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik der Schröder-Ära zurückzuführen seien, gleichzeitig aber *nicht* daraus resultierten, dass die SPD in den letzten Jahrzehnten zu progressiv geworden wäre oder sich in erster Linie auf die Rechte von Minderheiten konzentriert hätte; die Lösung könne entsprechend auch nicht darin bestehen, sich wieder stärker an traditionalistischen beziehungsweise kommunitaristischen Positionen zu orientieren, wie es Nickel empfehle. Biskamps These basiert auf einer provokanten Annahme: dass es die von so vielen diagnostizierte gesellschaftliche Spaltungslinie zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen überhaupt nicht gibt.

Diese These dürfte nicht unerwidert bleiben, zumal es mittlerweile fast schon zum sozialwissenschaftlichen *Common Sense* gehört, dass die politische Polarisierung zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Milieus, zwischen den Gewinner*innen und den Verlierer*innen der Globalisierung, eine wesentliche Ursache für den Aufstieg des Rechtspopulismus ist. In diesem Zusammenhang lassen sich grob zwei Erklärungsansätze unterscheiden. Auf der einen Seite wird die hohe Zustimmung zu rechten Parteien als Reaktion auf sozioökonomische Benachteiligung, prekäre Beschäftigung oder Abstiegsängste gesehen sowie auf die Unfähigkeit der etablierten Parteien, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Darauf zielen etwa Jörke und Nachtwey ab, wenn sie von den sozioökonomischen Entstehungsbedingungen autoritärer Einstellungsmuster sprechen, die es einzuhegen gelte. Diesem Forschungsstrang lässt sich auch der Beitrag von *Michael Hartmann* zuordnen, wenngleich er mit seinem Fokus auf die Arbeitsmarktsituation von Akademiker*innen nicht die materiellen Voraussetzungen kommunitaristischer, sondern kosmopolitischer Einstellungen in den Blick nimmt. Er vertritt die These, dass Hochschulabsolvent*innen eher für offene Grenzen plädierten, weil sie sich – im Gegensatz zu weniger privilegierten Gruppen – auf dem Arbeitsmarkt durch unterschiedliche institutionelle Mechanismen – die, nicht

ohne Ironie, selbst in einer engen Verbindung mit dem Nationalstaat stehen – vor ausländischer Konkurrenz schützen könnten.

Neben ökonomischen Aspekten werden auf der anderen Seite kulturelle Faktoren zur Erklärung des Rechtspopulismus herangezogen, womit häufig die Annahme verbunden ist, dass die AfD nicht aus Protest gewählt wird, sondern aus nationalistischer, rassistischer oder autoritärer Überzeugung – oder wie es der Popkritiker Jens Balzer kürzlich formuliert hat: »Schuld am Rassismus ist nicht die liberale Gesellschaft. Schuld am Rassismus ist der Rassist.«⁴ Es gibt auch Ansätze, die ökonomische und kulturelle Aspekte integrieren, unserer Autorin *Lisa Suckert* zufolge werden sie jedoch selbst hier oftmals als zwei substantiell verschiedene gedacht. In Abgrenzung dazu entwickelt sie in ihrem Beitrag das Konzept der ökonomischen Identität, mit dem sie den Anspruch verfolgt, die Dichotomie von ökonomischen und kulturellen Erklärungsfaktoren zu überwinden. Anhand einer Analyse von Brexit-Kampagnendokumenten zeigt sie, dass die Imaginationen von nationaler Identität, auf denen die Zustimmung zum Brexit beruht, aufs Engste mit ökonomischen Argumenten verknüpft sind.

Im letzten *Leviathan* ist eine Kritik der DeZIM-Studie »Ost-Migrantische Analogien« erschienen, die sich mit den Fallstricken sozialwissenschaftlicher Identitäts- und Einstellungsforschung befasst. In diesem Heft entgegnen die Studien-Autor*innen *Naika Foroutan*, *Frank Kalter* und *Mara Simon* den konzeptionellen und methodischen Einwänden, die darin erhoben werden.

Claudia Czingon

4 Siehe www.deutschlandfunkkultur.de/umgang-mit-rassismus-hassen-ja-aber-das-richtige-1005.de.html?dram:article_id=462197 (Zugriff vom 23.01.2020).